Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/2883

Kinder- und Jugendgewalt

VBE zur mdl. Anhörung im Bildungsausschuss am 15. März 2024

Wir erleben in den Schulen erhebliche Probleme mit allen Formen psychischer und physischer Gewalt. Häufig sind Vorgänge über die sozialen Medien (z.B. Verbale Attacken, Bloßstellungen, Mobbing) Auslöser zu körperlicher Gewalt und belasten das Sozialgefüge einer jeden Schule. Auch Eltern stehen häufig hilflos vor diesen Problemen und erwarten von der Schule Hilfe, Handeln und Lösungen. Schule kann aber nur begrenzt wirkungsvoll gegenangehen. Ihre Schulsozialarbeiter/innen und die Lehrkräfte sind voll ausgelastet. Sie melden uns an etlichen Stellen „Landunter“.

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Kindern und Jugendlichen in den Schulen sind Bestandteil schulischer Realität. Kinder und Jugendliche erproben allein oder in der Gruppe Grenzerfahrungen und bringen ein unterschiedliches Repertoire an Umgangsformen mit sozialem Stress in die Schule mit. Zum Erziehungsauftrag der Schulen gehört es, ein verträgliches Zusammenleben zu üben, zu lernen, zu leben – anstelle von Gewalt.

Zusätzliche Probleme bereiten Elternhäuser, in denen die gewaltsame Lösung von Konflikten unterstützt oder sogar vorgelebt wird. Sanktionen der Schule werden nicht akzeptiert oder als übertrieben abgelehnt. Ein positives Einwirken auf die Heranwachsenden im Hinblick auf gewaltfreie Konfliktlösung findet in bestimmten häuslichen Bereichen kaum statt. Ein Messer findet man mittlerweile schon in dem einen oder anderen Grundschulranzen.

Normwidriges Verhalten aus gesellschaftsfernen und in sich geschlossenen Milieus prallt in der Schule auf die Normen unserer offenen Gesellschaft: Eine Chance für die hier betroffenen Kinder und Jugendlichen, indem sie in der Schule alternativ das gültige Gesellschaftsmodell erleben.

Nicht zu unterschätzen ist inzwischen der Einfluss der sozialen Medien, die die soziale Begegnung unpersönlich machen. Gewalttaten werden gefilmt und hochgeladen, geschlechterunabhängig. Provozierendes und Aufmerksamkeit erregendes Posten erzeugt die emotionale Zuwendung und Anerkennung innerhalb der Peer-Group, die Kinder und Jugendliche im täglichen Leben brauchen und suchen.

- Jeder Blick auf das Smartphon ist ein Blick weniger auf das soziale Gegenüber.
- Jedes Dauerposten weniger Bewegung und weniger reale Auseinandersetzung mit anderen.
- Virtuell Gesehenes wird für real gehalten und ggfs. noch weiter auf die Spitze getrieben, ohne sich entwicklungsbedingt der Auswirkungen bewusst sein zu können.

Deshalb sind die Fragen der Ausschüsse nach Intensität, Zunahme, geschlechtsbezogenem Handeln sowie Ursachen und unabänderlichen gesellschaftlichen Entwicklungen zwar wichtig aber wenig hilfreich für die Lehrkräfte in den Schulen, die damit tagtäglich herausgefordert werden.

Es gilt nur eines: Jede Schule muss in die Lage versetzt werden, unangemessenem Sozialverhalten entgegenzuwirken. Was Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrkräfte brauchen, sind jederzeit zugängliche, aufeinander abgestimmte und nachhaltige Unterstützungsleistungen und Zeit.

Angesichts des eklatanten Lehrkräftemangels, des ständigen Vertretens, des unbeständigen Unterrichtens und angesichts der neuen Qualität an Auseinandersetzungen unter nahöstlichen Schülergruppen ist es für die Lehrkräfte ein hartes Stück Brot standzuhalten, zu vermitteln, für Verständnis zu werben und ein friedliches Zusammenleben zu gewähren. Bindungs- und Beziehungspflege als eine der protektiven Faktoren zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern wird unter den o.g. Bedingungen stark gestört.

Eine Null-Toleranz-Politik in Bezug auf physische und psychische Gewalt, Mobbing und Rassismus in der täglichen Arbeit aufrechtzuerhalten, erfordert eine entsprechende personelle Unterstützung der Lehrkräfte.

Der VBE empfiehlt der Politik,

1. in die Schulen zu investieren und sie dafür auszurüsten
 - a. mit gesicherten multiprofessionellen Teams
 - b. mit Schulsozialarbeit - 1 Stelle pro angefangene 200 Schülerinnen und Schüler
 - c. zusätzlich mit Schulgesundheitsfachkräften, wie es der VBE seit Jahren fordert
 - d. mit einer Verdopplung der Planstellen an schulpsychologischen Diensten;
2. die Schulleitungen mit einer zusätzlichen Funktionsstelle zu unterstützen, damit über die Verwaltungsseite die multiprofessionelle Ausstattung einer Schule inklusive der Einbindung von Unterstützungsmaßnahmen außerschulischer Anbieter gesichert nachhaltig organisiert werden kann;
2. die Zusammenarbeit zwischen Land und Schulträgerseite über verlässliche Absprachen und Verträge diesbezüglich zu intensivieren.

Dann wäre die schulische Präventionsarbeit schon in recht trockenen Tüchern. Dann hätte die institutionelle Betreuung in der Schule ein wirkungsvolles Gewicht für die soziale Entwicklung der Kinder und Jugendlichen.

Die Schule allein und so, wie sie zzt. aufgestellt ist, kann es nicht richten. Sie braucht tatkräftige Unterstützung durch die Politik, die sich vor diesen Problemen nicht wegduckend darf.

Annette Jeß, VBE Landesvorsitzende